

Vortrag zur Finissage der Ausstellung „Mut zur Wut“

Justiz Heidelberg, 20.09.2011

Vom Wutbürger zum Mutbürger

Sind wir gekommen, um uns zu beschweren, oder wollen wir mehr Demokratie wagen?

Was hat Mut mit Wut zu tun? Muss man heutzutage mutig sein, um wütend werden zu dürfen?

Worauf ist der „Wutbürger“, von dem in letzter Zeit so oft die Rede ist, eigentlich so wütend?

Ist der „Wutbürger“ ein deutsches Phänomen oder handelt es sich um eine globale ‚Epidemie‘?

Sieht man sich den Veranstaltungstitel genauer an, dann fällt zunächst die neutrale Formulierung auf – man findet zunächst kein Satzzeichen, das Auskunft über die Intention des Wettbewerbs gibt: Handelt es sich um eine Aufforderung, geht es um eine Bestandsaufnahme oder um die kritische Auseinandersetzung mit dem Thema? Erst bei genauerer Recherche findet man den Untertitel „Plakate, die den Mund aufmachen“. Der Wettbewerb ist also weniger als Aufforderung (Mut zur Wut!) oder Auseinandersetzung mit dem Thema (Mut zur Wut?) gedacht, sondern vielmehr selbst Ausdruck einer Wut und Versuch, selbst Stellung zu beziehen. Was aber gleich ins Auge sticht, ist die Bandbreite an Phänomenen, die hier abgedeckt wurde.

Blick auf die Themen der ausgewählten Plakate:

- Umwelt – Antiatomkraft
- Menschenrechte: Meinungsfreiheit, Misshandlung und Unterdrückung von Frauen, Misshandlung
- Medien: Datenschutz, virtuelle vs. Echte Freunde
- Soziale Ungleichheit – Schere zwischen arm und reich
- Globalisierung – Konsumkritik
- Provokation, Interaktion → Metathema: das klassische Plakat zu sich selbst zurückgeführt

Der deutsche Wutbürger

Der in Deutschland gern zitierte „Wutbürger“ findet sich hier mit „seinen“ Themen bestenfalls peripher wieder.

Gibt es ihn überhaupt wirklich, diesen Wutbürger, oder handelt es sich um ein Medienphänomen – eine selbstreferentielle Klammer die den Journalisten hilft ihre Seiten zu füllen?

Sind die Stuttgart 21-Gegner Wutbürger, oder die Heidelberger Stadthallenverhinderer, oder gar die Atomkraftgegner – schließt das Wutbürgersein nur die Atomkraftgegner neueren Datums mit ein oder auch die Veteranen dieser Protestbewegung?

Eins steht fest: Medien lieben den Wutbürger. Was oder wer der „Wutbürger“ ist, erfahren wir jedenfalls meist aus den Medien. Der empirische Nachweis beruht derzeit meist eher auf der mehr oder weniger gelungenen Zusammenfassung von Einzelbeobachtungen – etwas was wir als Marktforscher wahrscheinlich am ehesten als „Trendspotting“ bezeichnen würden. Damit stellt sich die Frage, ob aus diesem Trend tatsächlich noch ein empirisch nachweisbares Phänomen oder gar eine klar umrissene Zielgruppe wird.

Doch begeben wir uns auf Spurensuche: Wie sieht er denn aus, unser vermeintlicher Wutbürger?

Schenkt man der medialen Darstellung glauben, sind die Wutbürger Menschen, die nichts Besseres mit ihrer Zeit und Energie anzufangen wissen, als ihrer Wut auf vermeintliche und vor allem vermeintlich geringfügige Missstände Ausdruck zu verleihen. Die Wut des Wutbürgers wird meist verniedlicht und verharmlost dargestellt.

Ist dies berechtigt? Darf man in Wohlstandsgesellschaften überhaupt wütend sein, oder sollten wir angesichts ‚echter‘ Probleme glücklich und zufrieden sein und

unseren gewählten Volksvertretern und hoch bezahlten Industriekapitänen einfach wieder mehr vertrauen, anstatt ihnen permanent mit unserer Wut das Leben schwer zu machen und sie damit von ihrer eigentlichen Arbeit abhalten? Ist es ein Bahnhof oder eine Stadthalle wert, wütend zu werden, auf die Strasse zu gehen, sich für etwas zu engagieren, oder sollten diese Wutbürger ihr Potenzial nicht in wichtigere Dinge investieren?

Angesichts der Bandbreite an Themen des „Mut zur Wut“-Wettbewerbs wird schnell deutlich: Der deutsche Wutbürger ist nicht mit der existenziellen Wut vergleichbar, die hinter den Umwälzungen in der arabischen Welt steckt oder der Hungersnot in Afrika.

Dort: Ist der Protest ein letzter Ausweg, für den man sein Leben riskiert. Der „arabische Frühling“ nahm seinen Ausgang in Tunesien mit der sich rasch verbreitende Nachricht über die Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi am 17. Dezember 2010. Anlass für seine Selbsttötung war die mehrfache Schließung seines Gemüsestands wegen einer fehlenden Genehmigung, die Beschlagnahmung seiner Produkte und seines wichtigsten Arbeitsmittels, der Waage. Es ging also um nichts weniger als die Frage nach seiner Existenz, die er in einem ebenso existenziellen Akt beantwortete. Dort hat man etwas zu verlieren – sein Leben – und etwas zu gewinnen – nämlich Demokratie und Gerechtigkeit. Es gibt also einen ‚echten‘ Grund wütend zu sein. Das Ziel ist hier eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse: nicht nur für sich selbst, sondern vor allem für folgende Generationen.

Hier bei uns: findet man dagegen den deutschen Wutbürger mit langer Tradition – jenen typisch Deutschen, der als Beschwerdeweltmeister bei Urlaubsreisen berühmt-berüchtigt ist. Dieses Stereotyp des deutschen Wutbürgertums speist sich traditionell aus dem, was der Soziologe Helmut Schelsky in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts als »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« beschrieben hat. Einer Gesellschaft, die von einer breiten Mittelschicht dominiert wird, in der es keine Klassenunterschiede mehr gibt, dafür aber eine stetig wachsende

Differenzierung der sozialen Schichten, bei der jeder neu gewonnene Distinktionsgewinn auch als persönliches Anrecht ausgelebt wird.

Diese Mittelschicht ist die angestammte Heimat des Wutbürgers: die weiter unten wollen noch etwas mehr vom Kuchen und pochen auf dieses Anrecht – die, die schon weiter oben stehen, sehen in allem einen potenziellen Statusverlust – und sei es auch nur der Verlust einer schönen Aussicht, die von neumodischen Windrädern verschandelt zu werden droht. Es gibt also nicht wirklich etwas zu verlieren und kaum etwas zu gewinnen – außer Recht zu haben – und damit auch nichts, worauf es sich offenbar lohnen würde, wirklich wütend zu sein.

Diesen Eindruck erweckt jedenfalls der öffentliche Diskurs über das Phänomen „Wutbürger“.

Im Gegensatz zur langfristigen Veränderung, auf die der ‚echte‘ Protest abzielt, gehe es hier nur um die kurzfristige Sicht, die persönliche Betroffenheit – oder um materielle Gründe wie den befürchteten Wertverlust einer Immobilie. Denn wie eine aktuelle Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung belegt, sind über 90 Prozent der Teilnehmer an den dort untersuchten Protestgruppen gegen Windkraft, oberirdige Stromleitungen oder Flughafenerweiterungen Grundstückseigentümer und Hausbesitzer.

Doch auch wenn diese Zahl zunächst eine eindeutige Interpretation nahe zu legen scheint, ist es jedoch vielmehr interessant, dass dem deutschen Wutbürger auch unabhängig davon per se unterstellt wird, er handle nur im eigenen Interesse ohne Rücksicht auf größere Zusammenhänge und ohne konstruktiven Gegenentwurf. Interessant ist dies vor allem deshalb, weil der Vorwurf, rational im eigenen Interesse zu handeln, zwar den Protestlern gemacht wird, nicht jedoch der Gegenseite, deren einseitigen ökonomischen Interessen, die oft nur notdürftig unter dem Label der Gemeinwohlorientierung verpackt werden, meist erst der Auslöser des Unmuts sind.

Genau diese Zuschreibung ist aber ebenso typisch deutsch: Das Unbehagen gegenüber einer Protestkultur ist im öffentlichen Diskurs mindestens ebenso tief verankert. Wut wird hier gleichgesetzt mit dem unkontrollierten Affekt. Sie wird dem rationalen Abwägen von Argumenten gegenübergestellt, dem Ideal demokratischer Mitbestimmung. Das Privileg, seinen Unmut über die Verhältnisse unmittelbar und emotional auf die Straße zu bringen, wird höchstens noch der Jugend zugebilligt. Bei allen anderen ist dann der Vorwurf schnell bei der Hand, Dagegen-Sein zum Prinzip zu erheben, weil man nicht auf die institutionalisierten Mechanismen der rational-argumentativen Konsensbildung vertraut.

Auf dieselbe Weise funktioniert auch die mediale Inszenierung des Wutbürgers: Der dort zu findende Wutbürger zeigt keinen heroischen Mut, der sich für eine übergeordnete Sache einsetzt, sondern nur seine kleinbürgerliche und kleingeistige Wut, die weder Produktives noch Wertvolles erreicht.

Der deutsche Wutbürger gilt als kleinbürgerlich und mosernd – nicht etwa als rebellisch oder gar militant. Da passt der relativ hohe Altersdurchschnitt – bei allen von der Göttinger Forschergruppe untersuchten Protestgruppen (inklusive Stuttgart 21) sind ca. 2 Drittel bereits jenseits des 45. Lebensjahres – perfekt ins Bild. Aber die älteren Generationen haben offenbar das falsche Image: Beim Anblick gesetzterer Demonstrationsteilnehmer schwingt offenbar zu wenig Sex, Drugs & Rock`n Roll mit, um mit einem so aufrührerischen Akt wie der Teilnahme an einer Demo in Verbindung gebracht zu werden. Demonstranten haben offenbar jung und rebellisch zu sein, damit man ihnen eine selbstlose und edle Gesinnung abnimmt. Wem es materiell gut geht, der muss offenbar zu Hause bleiben und darf sich dort höchstens milde belächelt über seine Nachbarn aufregen.

Aber: Die Beispiele in Frankreich, Spanien, Griechenland und jüngst in England zeigen: Auch im scheinbar so weit entwickelten und zivilisierten Europa gibt es wieder existenzielle Themen, gegen oder für die man auf die Straße geht. Auch wenn es hier in unserer Wohlstandsgesellschaft nicht um die körperliche Existenz

geht, steht offenbar doch mehr auf dem Spiel: das Gefühl, grundlegende Werte seien bedroht.

Hintergründe der Wut

Worin haben diese Proteste nun ihre Ursache? Sind sie nur eine kurzlebige Form des Dampfablassens? Das Aufbegehren von Minderheiten, krawallbereiten Jugendlichen oder unterbeschäftigten Rentnern? Oder steckt doch mehr dahinter? Stehen wir vielleicht sogar am Beginn einer dauerhaften Umwälzung des politischen Systems?

Ich wage die These, dass es weniger um den konkreten Anlass als vielmehr um das große Ganze geht. Denn der gemeinsame Nenner mit den ‚echten‘ Protesten gegen ‚echte‘ Probleme ist letztlich das Gefühl der Ohnmacht gegenüber den Verhältnissen und Herrschenden – wenn natürlich auch auf ganz anderem Niveau.

Bereits in der von der GIM im Jahre 2007 durchgeführten Zukunftsstudie „Vision 2017“ konnten wir feststellen, dass unsere Gesellschaft durch ein wachsendes Maß an Entfremdung gekennzeichnet ist. Zur altbekannten Entfremdung von Institutionen, zur Parteien-, Politik- und Politikerverdrossenheit gesellt sich neuerdings auch noch die Arbeitsverdrossenheit.

(In einer Gallup-Studie aus dem Jahr 2010: 66 Prozent der Arbeitnehmer identifizieren sich nur noch in sehr begrenztem Umfang mit ihrem Job.)

In einer aktuellen Sternumfrage vom April 2011 bestätigen sich diese Vorhersagen. Die Unzufriedenheit über Politiker und Parteien ist demnach so hoch wie nie zuvor. Über 60 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass Politiker nicht die Interessen des Landes im Blick hätten, sondern eher auf ihren eigenen Vorteil bedacht seien.

Dies sind dieselben Gründe, die die Göttinger Politikforscher bei den unterschiedlichen Protestgruppen feststellen konnten. Diese vereint eine hohe

Unzufriedenheit mit der Demokratie, wie sie hierzulande praktiziert wird. Weit über die Hälfte sind mit der politischen Lage unzufrieden und fordern mehr und vor allem direktere Partizipationsmöglichkeiten. Gerade bei Entscheidungen, die einen persönlich betreffen, ist der Wunsch nach einer Einflussnahme hoch.

In einer globalisierten und hoch individualisierten Welt, die nach dem Sieg des Kapitalismus über den kommunistischen Osten ganz vom ökonomischen Effizienzdenken durchdrungen zu sein scheint, fühlen sich die Menschen zunehmend getrieben. Sie haben das Gefühl, nicht mehr Herr über ihre Entscheidungen zu sein bzw. überhaupt keine verlässlichen Anhaltspunkte mehr für ihre Entscheidungen zu haben. Der Preis des selbstbestimmten und emanzipierten Lebens, der Multioptionalität und Entscheidungsfreiheit ist der, dass diese Freiheit mehr und mehr zur Arbeit geworden ist.

Diese Entwicklung ist eng verbunden mit einer größer werdenden sozialen Ungleichheit im letzten Jahrzehnt in Deutschland aber auch in anderen Ländern wie z.B. den USA. Gerade die Mittelschicht befürchtet angesichts dieser Entwicklung den Verlust des eigenen Status. Sie hat dadurch einen Gutteil ihrer angestammten Gewissheiten verloren und wähnt sich zumindest dauerhaft gefährdet.

Um dieser Situation Herr zu werden, konzentriert sich der deutsche Mittelschichtsangehörige auf die kleinen Risiken in der Nachbarschaft. Sie allein erscheinen noch eingrenzbar und kontrollierbar.

Gefordert wird aber auch eine Entschädigung für die zunehmend auferlegte Eigenverantwortung – denn wer mehr Verantwortung übernimmt, bekommt in der Regel auch mehr Entscheidungsspielräume. Man will wieder unmittelbar und direkt mitbestimmen. In einer komplizierter werdenden Welt, in der scheinbar niemand mehr in der Lage ist, Dinge tatsächlich zu beeinflussen, wollen die Menschen die Ergebnisse ihres Handelns wieder unmittelbar erleben.

So verwundert es nicht, wenn die neuen Protestgruppen vor allem von recht saturierten Menschen getragen werden. Drei Viertel der S21-Gegner sind mit der eigenen Lebenssituation zufrieden, bei den Berliner Flughafengegner sind es sogar über 90 Prozent. Die verunsicherte Mittelschicht sucht neue Themen für ein neues Selbstbewusstsein: momentan sind dies vor allem ein ökologisches Bewusstsein und soziale Verantwortung, das von den sogenannten LOHAS demonstrativ über den Konsum der ‚richtigen‘ Güter an den ‚richtigen‘ Orten gepflegt wird, aber eben auch ein neues Niveau der Bürgerbeteiligung.

Wie geht es weiter mit dem Wutbürgertum? Was bleibt? Was kommt noch?

Zum einen haben wir es mit tatsächlich existenziellen Fragen zu tun, wenn es um das grundsätzliche Verhältnis zur politischen ‚Klasse‘ und der politischen Kultur und damit die Zukunft der Demokratie geht. Dies gilt im Prinzip auch bei Themen aus dem Bereich der Nachhaltigkeit, wo es ebenfalls oft um Grundsätzliches geht wie z.B. beim Atomausstieg.

Die Proteste sind hier Ausdruck des Wunsches, wieder ein Stück „Lebenswelt“ im Sinne Jürgen Habermas‘ zurückzuerobern und damit aus dem übermächtig gewordenen „System“ auszubrechen, das unseren Alltag mit seinem ökonomisch-rationalen Effizienzdenken vereinnahmt hat. Es geht hier also zunächst eher um ein allgemeines und eher diffuses Unbehagen in der Kultur, das so stark geworden ist, dass die Menschen auf die Straße gehen.

Zum anderen haben wir es mit einer Vielzahl konkreter Anlässe (wie z.B. Bauvorhaben aller Art) zu tun, gegen die sich der Unmut richtet. Doch auch hier wird bei genauerem Hinsehen deutlich: man nimmt den konkreten Fall als Symbol für etwas Größeres. Wo man in nachvollziehbaren Bereichen endlich versteht, was hinter den Kulissen schief läuft, geht man davon aus, dass es sonst auch so ist, man

nur nichts davon weiß. Der Protest speist sich nicht zuletzt aus dem diffusen Gefühl, hinters Licht geführt und nicht in ausreichendem Maße informiert oder gar beteiligt zu werden.

Deshalb die Wut der Wutbürger.

Peter Weibel, der Leiter des ZKM, hat dies sehr schön auf den Punkt gebracht, wenn er davon spricht, dass „das Volk sich auf die Verfassung berufe und das, was darin steht: nämlich dass das Volk der Souverän ist und nicht die Zeitungen.“ Hier liegt das Gefühl zugrunde, es nur noch mit symbolischer Politik und politischer Mimikry zu tun zu haben bzw. mit Politikern, die ihren Job nicht machen, sondern so tun als ob. Daher auch die sensible Resonanz der Gesellschaft auf die Plagiatsaffären, die dieses so tun als ob auf den Punkt bringen.

Die Proteste gegen diese Politikform suchen sich daher immer neue konkrete Zielscheiben. Allerdings in alle Richtungen und z.T. auch durchaus nicht im Sinne eines größeren Ganzen, sondern ganz naheliegenden Interessen folgend und durchaus auch irrational (Bsp. Gleichzeitig gegen Atomenergie zu sein und gegen den sichtbaren Ausbau der Stromnetze vor der eigenen Haustür).

Je mehr solcher Proteste es aber geben wird, umso größer wird zukünftig der Zwang zur Transparenz, indem man erklärt, warum man etwas tut und Betroffene gegebenenfalls frühzeitig in Entscheidungen einbindet.

Vor allem das Internet verspricht hier die Möglichkeit einer neuen Unmittelbarkeit, einer

neuen Form der Beteiligung außerhalb des üblichen politischen Systems, als eine Protestkultur von ‚unten‘, die durch das Internet organisiert wird. Nur alle 4-5 Jahre wählen und mitentscheiden zu dürfen, widerspricht der heutigen Lebenserfahrung und Bedürfnisstruktur gerade jüngerer Wählergruppen. Auch hier trifft Peter Weibel kenntnisreich den Punkt, wenn er in Anlehnung an die Brecht'sche Radiotheorie anmerkt: „Das politische System ist der einzige Bereich in dem die Menschen nicht senden dürfen.“ Der bemerkenswerte Erfolg der Piratenpartei bei

den Berliner Wahlen vor zwei Tagen lässt sich ebenfalls als Protest genau dagegen verstehen.

Das politische System wird daher zukünftig weiter unter Druck geraten und mehr Mittelbarkeit herstellen müssen. Die Befürchtung des etablierten politischen Systems, dass sich die politische Meinungsäußerung der Kontrolle entzieht, wird gerade an den Abwehrmechanismen deutlich, mit denen das etablierte System den neuen Beteiligungs- und Organisationsformen im Internet begegnet. So forderte beispielsweise Innenminister Hans-Peter Friedrich anlässlich der Anschläge in Norwegen ein Ende der Anonymität im Internet und stellte damit einen der Grundzüge des Internets in Frage.

Auf der anderen Seite versucht sich die Politik mehr oder weniger unbeholfen zu öffnen. Im Berliner Wahlkampf haben die Grünen z.B. im Sinne ihrer Mitmachkampagne „Da müssen wir ran“ ein Onlinetool angeboten, mit dem Besitzer internetfähiger Handys eine Ecke in der Stadt fotografieren und beschreiben konnten, was ihnen da nicht passt, woraufhin Spitzenkandidatin Renate Künast aktiv wurde. Resultat: Meldungen von überfüllten Papierkörben, kaputten Fahrstühlen und mangelhaften Zugverbindungen.

Und eine Politik, die sich im klein-klein verheddert, statt sich den großen und tatsächlich drängenden Themen zu widmen. Auch andere missglückte Beispiele der Mitbestimmung wie z.B. die geplante Umbenennung einer Unterführung im Schwäbischen, die dann vom Volk zur „Bud Spencer“ Unterführung ernannt wurde, zeigen, dass das Internet Infrastruktur und Katalysator, Lösung und Problem zugleich ist.

Die Idee hinter diesen unmittelbareren Formen der Demokratie ist die eines Zurücks zur klassischen Form des politischen Austauschs und der politischen Meinungsbildung – der Agora. Mit dem Unterschied, dass auf der Agora nur relativ wenige Menschen Platz fanden, und auch nicht jeder hinein durfte, sondern nur diejenigen, denen ein Staat zutraute, zu einer Diskussion, Meinungsbildung und konsensfähigen Entscheidungsfindung in der Lage zu sein. Wenn man immer alle

fragt und auf alle Befindlichkeiten Rücksicht nimmt, hat man am Ende im schlimmsten Fall die Mecker-App eines Hausmeistervereins. Der Weg zu einer „performativen Demokratie“, einer Demokratie der echten Mitbestimmung, wird daher nicht einfach. Denn wir müssen offenbar tatsächlich erst wieder lernen, wie man mit mehr Demokratie umgeht.

Schlusswort

Mehr und v.a. mehr unmittelbare Demokratie ist kein Kinderspiel. Sie ist anstrengend, herausfordernd und zeitraubend. Sie setzt Bildung und Wissen voraus und die Fähigkeit, sich argumentativ auszutauschen, v.a. aber die Fähigkeit zum Konsens. Was wir Politikern gern vorwerfen: lasche Kompromisse auszuhandeln, keine klaren Entscheidungen zu treffen, müssen wir dann selbst überwinden.

Das ist dann der eigentliche Mut zur Wut: Sich engagieren, sich anderen Meinungen stellen, Konsens ertragen. Und vor allem das urdemokratische Gefühl, nicht in der Mehrheit zu sein und mit der damit verbundenen Wut auf sich selbst umzugehen, wenn man es nicht geschafft hat, den anderen von den eigenen Argumenten überzeugt zu haben.

In diesem Sinne: Viel Spaß beim Mut zur Wut!



Dr. Christian Wenger (Senior-Studienleiter)

Sozioökonom, Jahrgang 1971. Studium an der Universität Augsburg mit den Schwerpunkten „Empirische Sozialforschung“ und „Ökonomische Psychologie“. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Lehrstühlen für „Soziologie und empirische Sozialforschung“ sowie „Werbepsychologie und Konsumforschung“ der Universität Augsburg. Promotion zum Thema „Gemeinschaft und Identität in Fankulturen. Zur Konstitution des Star Trek Fandoms“ (transcript-Verlag 2006). Seit 2004 als Senior-Studienleiter bei der GIM mit den Schwerpunkten Medienforschung, Trendforschung, Methodenentwicklung, Kreativworkshops, Gestaltung von Innovationsprozessen. Aktuelle Buchpublikation: „Vision 2017 – Was Menschen morgen bewegt“ (Ullrich/Wenger; Redline Wirtschaft 2008)